

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Erscheint 2 mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.50 M., vierteljährlich 3.50 M., durch Träger und ausw. Vertriebsstellen frei ins Haus monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Kgl. Polizeidirektion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Mittelstr. 11. Fernruf Nr. 2015, 2016, 2017. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Nassau 25 Pf., Rheinlande 1. — M.; außerhalb 30 Pf., Rheinlande 1.50 M. Seilschneide u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 492.

Freitag, 27. September 1918.

72. Jahrgang.

Amerikan.-franz. Durchbruchversuch vereitelt.

Hauptauschuss des Reichstags.

Berlin, 26. Sept. (Wolff-Tele.)

Der Hauptauschuss des Reichstages legte heute die Besprechungen über die politische Lage fort. Die Teilnahme an den Verhandlungen ist heute nicht mehr so groß wie an den Vortagen, da ein Teil der nicht dem Hauptauschuss angehörigen Abgeordneten bereits wieder abgereist ist. Anwesend sind der Reichskanzler, der Vizekanzler, verschiedene Staatssekretäre und Minister. Abends nach Eintritt in die Tagesordnung ergriff

Der Reichskanzler

das Wort zu folgenden Ausführungen:

Meine Herren! Die Verhältnisse, die gehen von allen Rednern gegen die Handhabung der Zensur und des Vereins- und Versammlungsrechts geltend gemacht wurden, müssen von mir zu erheblichem Umfange als begründet anerkannt werden. („Hört, hört!“) Wenn allgemein in gewissen Korpsbezirken Verbote erlassen sind, daß in Versammlungen nicht über die Wahlrechtsvorlage gesprochen werden darf, und zwar weder von Freunden noch von Gegnern der Vorlage, so ist dies ein nicht haltbarer Zustand, der übrigens schon inzwischen durch einen Erlaß des Militärverordnungsamtes beseitigt worden ist. Nach Lage der Verhältnisse und der zu deren Ausführung ergangenen Verordnungen sind der Reichskanzler und die obersten Zivilbehörden zurzeit nur in der Lage, durch Vorlesungen und Darlegungen ihrer Auffassung eine Einwirkung auf die zur Entscheidung allein befähigten militärischen Stellen auszuüben. Es ist von Herrn Abgeordneten Frickhoff anerkannt worden, daß in einer Reihe von Korpsbezirken berechnete Klagen über unzulässige Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts nicht erhoben werden können, während es andere Korpsbezirke gibt, in denen fortgesetzt bei jedem Zusammenritt des Hauptauschusses Klagen, deren Begründung zum Teil auch von mir anerkannt werden muß, vorgetragen werden. An den materiellen Befugnissen, die das Verordnungsamt ausüben kann, in der vollziehenden Gewalt überträgt, kann nach meiner Überzeugung in Deutschland ebenso wenig geändert werden, wie dies in den übrigen kriegsführenden Staaten, ja sogar in den neutralen Staaten auf Grund alterprobiert, für den Kriegsfall besonders erleichterter Gesetze geschieht. Der Krieg bringt es mit sich, daß den Behörden außerordentliche Vollmachten zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung übertragen werden müssen. Dagegen habe ich mich unter dem Eindruck einzelner besonders empfindlicher Vorkommnisse der letzten Zeit davon überzeugt, daß bei der langen Dauer des Krieges in der Handhabung dieser außerordentlichen Vollmachten auf dem Gebiet der Zensur und des Vereins- und Versammlungsrechts wesentliche Änderungen eintreten müssen.

Wir sind in eine Erwägung der verschiedenen Wege eingetreten, die zu diesem Ziel führen können. An sich erscheinen wohl als die nächstliegenden die folgenden: Die Ausübung der Kommandogewalt durch die zuständigen Militärbehörden wird entsprechend eingeschränkt durch eine Milderung der bestehenden Gesetzgebung in der Richtung, daß die den militärischen Instanzen seither allein zugewiesenen Aufgaben je nach ihrem Charakter zwischen diesen und den in Friedenszeiten berufenen Behörden geteilt werden, oder endlich die Einführung ausreichender bürgerlicher Elemente in die letztlich zur Entscheidung berufenen Militärstellen. Ich bin selbstverständlich nicht in der Lage, heute anzugeben, welcher der hier angedeuteten einflussreichen Wege am sichersten zum Ziel führt. Sollen Sie aber versichert, meine Herren, daß bis zu Ihrem nächsten Zusammenritt im November eine allen berechtigten Klagen entsprechende Milderung in die Wege geleitet sein wird, und daß und dem Volke Erörterungen, wie sie bisher unsere Zeit so vielfach in Anspruch genommen haben, künftig erspart bleiben werden. (Beifall.) Meine Herren! Sie sehen, daß ich durchaus nicht willens bin, mich berechneten Beschränkungen zu verziehen. Im Gegenteil! Ich werde mit aller Entschiedenheit dahin wirken, daß diese berechneten Beschränkungen aus dem Wege geräumt werden. Nun aber, meine Herren, bitte ich auch Sie, nunmehr alles Trennende zurückzulassen und das Einigende voranzutreiben!

Wie ich schon vorher sagte, haben wir doch alle nur das eine Ziel, das eine Interesse: den Schutz des Vaterlandes, seiner Unabhängigkeit und seiner Entwicklungsfreiheit! Dieses Ziel können wir nur dann erreichen, wenn wir auch im Innern fest und einheitlich zusammenstehen. Dann aber werden wir es erreichen! (Beifall.)

Nach der Rede des Reichskanzlers führte Abgeordneter Graf Westarp

unter anderem folgendes aus: Ich gebe dem Kanzler, dessen Appell ich gerne zu folgen bereit bin, darin recht, daß Verhinderung und Abmilderung sich weit über das berechnete Maß hinaus geltend machen, soweit die militärische und politische Lage in Frage kommt. Wenn die Gewerkschaften in ihrer Eingabe die Regierung für die Ernährungsnotwendigkeiten verantwortlich machen, so verweigern sie, daß die Zwangswirtschaft nach dem Diktat der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie geführt wird. Das hat zu der unmwürdigen Behandlung der Landwirte ge-

führt, bei denen die Rücksichten auf die Notwendigkeiten und Bedrohungen der Erzeugung vielfach unbeachtet blieben. Meine Freunde lehnen die Verantwortung für die Situation und ihre Folgen ab. Schädlich ist sie besonders deshalb, weil sie von vornherein durch die Presse und nunmehr durch eine veröffentlichte Fraktionsbesprechung der Sozialdemokraten unter das Zeichen einer Regierungskrisis gestellt wird. Ich bin der festen Überzeugung, daß jeder Fortschritt auf dem Wege der Demokratisierung und jedes Streben danach nur kriegsverlängernd wirkt. Der Kernpunkt der sozialdemokratischen Forderung ist die Parlamentarisierung. Im November 1917 hat Graf Hertling diese Forderung abgelehnt. Die verbündeten Regierungen haben meiner Ansicht nach die Pflicht, die Befestigung der Grundlagen unserer Verfassung zu verhindern.

Auch der Ansturm gegen den Kriegsminister ist nicht begründet. Der Vizekanzler hat mit treffenden Worten darauf gewarnt, daß wir uns durch die Drohung, die Feinde würden sich sonst nicht mit uns an den Verhandlungstisch setzen, nicht aus einer Position in die andere drängen lassen dürfen, um nicht mit ebenso leeren Tischen vor Endabrechnung zu kommen, wie sie mit vollen. Damit ist

Die Politik der letzten Ebene

gut gekennzeichnet, auf der wir selber im Begriff sind, unter sozialdemokratischem Einfluß Schritt für Schritt vorwärts zu gehen. Die Burschenschaft war auch aus diesem Grunde bedenklich. Der Vizekanzler hat daher in Stuttgart gleichfalls nicht vermindert, diese Ebene zu bereiten, als er mit dem neuen Friedensangebot unter Verzicht auf Sicherungen in Belgien und auf jede Kriegsendabrechnung weiterging, als es der Reichskanzler bisher getan hat. Wir alle sind einig in der Ablehnung der Drohungen, an denen unsere Feinde noch festsitzen, und entschlossen, bis zum siegreichen Ende zu kämpfen.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers.

Berlin, 26. Sept. (Ämtlich.)

In der Champagne und zwischen den Argonnen und Maas haben auf breiter Front französische, amerikanische Angriffe nach 11stündiger Feuerbereitung begonnen. Der Durchbruch des Feindes ist vereitelt.

Der Kampf um unsere Stellungen dauert an.

Soch dämpft die Siegeshoffnungen.

Zürich, 26. Sept. (Via. Tel. Ab.)

„Echo de Paris“ meldet: Bei den Besprechungen in der parlamentarischen Armee-Kommission im Hauptquartier erläuterte General Soch die augenblickliche militärische Lage. Er trat der Annahme mit Entschiedenheit entgegen, daß ein leichter Sieg über die Deutschen errungen werden könne. Nirgends zeige sich die Aussicht zu einem solchen. Er erkläre seine Aufgabe in der Beurteilung des französischen Bodens vom Feinde, und da der Gegner in seinen alten Grabenstellungen einen neuen Widerstand halte, sei eine Hoffnung auf baldiges Ende und baldige Entscheidung, wenigstens für dieses Jahr, kaum noch gegeben. Die „Times“ melde zu der politischen Lage, der Stillstand in der Rückzugsbewegung des Feindes habe auf die ganze Front übergriffen. Beunruhigung schaffe die Fortdauer der feindlichen Gegenangriffe. Die Lage bei Reims wird von dem Gegner durch den Besitz der westlichen Höhen immer noch beherrscht. Der „Zürcher Tagesanzeiger“ meldet von der britischen Front, daß die Deutschen an großen und kraftvoll durchgeführten Gegenangriffen gearbeitet sind. Die Belagerer haben einen Teil der ehemaligen englischen Front zur Verteidigung übernommen.

Fransösisches Wortfeuerwerk.

Bern, 26. Sept. (Wolff-Tele.)

Paul Zoner Blättern hielt in der gestrigen Kammer Debatte eine Gedächtnisrede auf den aus Hagenau kommenden, in Madrid verstorbenen französischen Botschafter und Deputierten Thierri, worin er unter anderem sagte: Wir werden seinen Leichnam mit flatternden französischen Fahnen nach Hagenau im Elsass bringen, um die großen Verdienste zu ehren, die Thierri Frankreich erwiesen hat.

Das Abenteuer des Kronprinzen Karol.

Bukarest, 26. Sept. (Wolff-Tele.)

In der Angelegenheit der Heirat des Kronprinzen Karol richtete Professor Gerota, der Vertreter der Bukarester Landesuniversität, im Senat eine Anfrage an die Regierung, worin er das Verhalten des Kronprinzen als das Ergebnis einer Verfehlung mit den Interessen der Nation im Widerspruch stehenden Politik des kaiserlichen Hofes, der sich mit unaufrechten und schmeicheleichen Anhängern umgeben habe, bezeichnete. Die Handlungsweise des Kronprinzen sei unzulässig sehr schwerwiegend, da er als aktiver Militär die Landesgrenze überschritten habe und sich in eine Stadt eines fremden Landes, das von den Mittelmächten verwaltet werde, begeben, mit dem Rumänien den Frieden noch nicht endgültig ratifiziert habe.

Die litauische Frage.

Von Baron Ernst von Goltz-Wiesbaden.

Als ich vor einem Jahre, Anfang August, über Litauen ein Buch geschrieben hatte, konnte ich es noch nicht zum Druck bringen, da gewisse Schwierigkeiten obwalteten. Endlich, im Juni d. J., durfte ich einen Teil veröffentlichten. Inzwischen war schon der erste Schritt gemacht, um Litauen aus Rußland herauszulösen und an Deutschland heranzuziehen. Mit welchen Erwartungen haben wir auf den Landestat, die Taraba; man dachte, daß eine baldige Lösung sich ergeben würde, da wir allgemein angenommen hatten, daß sich so große Schwierigkeiten nicht mehr ergeben würden. Aber ein ganzes Jahr, ein langes Jahr, ist darüber vergangen; und das Problem hat sich leider inzwischen verwirklicht und schwieriger gestaltet. Im Anfang d. J. schrieb ich aus meinem großen Bunde dasjenige heraus, was herausgegeben erlaubt war, immer in der Erwartung, daß die Lösung in Litauen jeden Augenblick eintreten würde. Deswegen habe ich damals aus dem alten Titel „Was wird aus Rußisch-Litauen?“ die beiden Anfangswörter „Was wird?“ gestrichen, so daß nur „Aus Litauen?“ mit dem großen Fragezeichen übrig blieb. Nun ist seit über 8 Wochen mein Buch im Handel; ich hätte also damals ruhig an die Spitze setzen können: „Was wird?“ Ich glaube, daß auch das, was ich jetzt schreibe, aktuell bleibt und daß es kaum von irgendwelchen Ereignissen überholt werden wird. Das „litauische Problem“ als solches wird wohl noch längere Zeit verbleiben, was es jetzt ist, eben ein Problem. Ehe ich darauf näher eingehe, erinnere ich an das, was ich im August v. J. schrieb, daß man damals zulassen mußte, oder, wenn man die Dinge ihren Lauf lassen wollte, man doch immer den Weg hätte zeigen müssen. Man hätte die Litauer langsam auf eine gewisse Selbstständigkeit vorbereiten müssen, und zwar möglichst bald. Das ist im Interesse einer alten Überlieferung in der neuen Verhältnisse. Ohne Gefahr für die besonderen Landesverwaltungs-Gesetze hätte dies geschehen können, wenn die Einführung einer Zivilverwaltung in Litauen, wie auch in Kurland, erfolgt sein würde. In Frage wäre dabei die Teilnahme des litauischen Elementes an der Kreisverwaltung gekommen, eventuell an Kreisaußenstellen, die zunächst unter den Kreisbeamteten zu arbeiten gehabt hätten, ferner eine Art Landes-Ausschuß unter dem Landeschef, aber nicht etwa in der Form eines kleinen Parlaments. Langsam und allmählich hätte man dann die litauischen Litauern nachziehen können. Wir sagten einmal, vor etwa 2 Jahren, ein sehr intelligenter Litauer ganz offen, daß es geradezu ein Unglück bedeute, wenn bei der offenbar mangelnden politischen und wirtschaftlichen Auffklärung Weitergehendes auf den ersten Blick gewährt würde. Man müsse es allmählich erreichen und vor allem es erst verdienen. Das war ein beachtlicher Fingerzeig für uns. Statt dessen aber hat man die Litauer gleich frei losgelassen. Damals habe ich gewarnt; wir mußten die Hände dazwischen behalten, denn leicht konnte man in Litauen Kopfpränge machen.

In der Tat ist ein so großer Sprung getan. Leider, zu Deutschlands und Litauens Schaden. Was ist denn nun seit damals, Ende August v. J., geschehen? Herr Professor Hoeck hat es in der „Kreuzzeitung“ im Ganzen richtig dargestellt: Von der inneren Entwicklung von Litauen ist im Krieges nicht viel bekannt geworden. Mehr von den politischen Absichten, die in ihm und mit ihm verflochten sind.

Ich bemerke dazu, daß meiner Ansicht nach unsere dortige Militärverwaltung absichtlich möglichst wenig bekannt gegeben wissen wollte, insbesondere auch bezüglich der politischen Absichten. Vielleicht aber auch war damals ein Plan noch gar nicht vorhanden. Auch die Möglichkeit, so weit zu gehen, war damals wohl noch kaum gegeben. Das alles erst entwickelt sich mit den Vorfällen bei den anderen Rand-Völkern in der Folge. Herr Hoeck hat ferner: „Nun liegt ein litauische Konferenz in Wilna das Programm fest: Unabhängiger Staat in den ethnographischen Grenzen, Konstituante in Wilna auf demokratischer Basis.“

Sehr verständlich, meine ich, diese Selbstbestimmung in jenen Grenzen; ich werde später darauf zurückkommen. Weniger allseitig betrifft der demokratische Tendenz. Da hätte man wohl gleich bremsen können, denn die neuen revolutionären Verhältnisse in Rußland hatten, auch noch in anderen Rücksichten, abwärts auf Litauen.

Weiter heißt es: „Möglichkeit der schließlichen Beziehungen zu Rußland.“ — Nicht schön, aber darunter kann man alles Mögliche verstehen.

Auf der Grundlage der Konferenz entstand im September 1917 jener Landestat (Taraba), bestehend aus 30 Litauern (zu denen 5 Vertreter der 3 anderen Nationalitäten kommen sollten), der auch den Litauern die Vertretung im Auslande zuerkannte. Auch hier hat man bei und oben anscheinend geschwiegen. Die Taraba sollte den weiteren grundlegenden Beschluß am 17. Dezember 1917: Unabhängigkeit Litauens mit Wilna als Hauptstadt, Lösung von Rußland, Bitte um deutsche Hilfe und deutschen Schutz für den Ausbau des neuen Staates, ewige feste Verbindung mit Deutschland (militärische, Verkehrs- und Konventionen), endgültige Regelung der Beziehungen durch eine demokratische Konstituante.

Das litauische an sich sehr schön, durchaus nach meinem Wunsch, mit Ausnahme betr. Wilna, worin ich neuerdings anderer Ansicht geworden bin. Aber die starke demokratische Tendenz, die tam wieder, und noch in härterer Rage. Und

Aus den Vororten.

Dohheim.

Eine Wohltätigkeitsveranstaltung wurde am Sonntag im „Deutschen Kaiser“ unter Leitung von Fräulein Gied veranstaltet. N. u. gelangte auch das Kinderpiel „Ein Schulausflug“, sowie das fünfstündige Schauspiel „Stunden des Schicksals“ zur Aufführung, beide von der Leiterin selbst verfasst und von den sehr zahlreich erschienenen Zuschauern mit großem Beifall aufgenommen.

Bierstadt.

Gemeindevertretersitzung. In der Sitzung der Gemeindevertreter nahmen die Mitglieder Kenntnis von dem Bericht des Direktors Müller. Er war zugleich Mitglied der Kohlenkommission, welches Amt er gleichfalls niederlegte. — Für eine Person, die in einer Dungenbellianhalt untergebracht ist, wurde ein Drittel der Kosten auf die Gemeindekasse übernommen. — Wegen der Sanitätsrat Doktor König zu Frankfurt wurde das Einsegnungsverfahren zur Abtretung des Geländes im Distrikt Gemeindefeld eingeleitet. — Ein Gesuch mehrerer Frauen von Kriegsteilnehmern um Erhöhung der Gemeindeunterstützung wurde verweigert. Es wurde darauf hingewiesen, dass bei der anstehenden Volksliste in erster Linie die Kinder der Kriegsteilnehmer berücksichtigt werden sollen. Als erste Rate wurden für die Volksliste 1000 M. bewilligt. — Schon mehrere Male hatten die Gemeindebeamten um Gewährung von Teuerungszulagen gebeten. Die Vertretung bewilligte solche nunmehr nach den Sätzen der Staatsbeamten. Eine Neuordnung der Gehälter erfolgte noch nicht. Man will vielmehr dieselben mit den anderen Vorortsgemeinden festlegen und die Gehälter gleichmäßig regeln. So werden denn endlich die berechtigten Wünsche der Gemeindebeamten Berücksichtigung finden.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

z. Vorch, 24. Sept. Wildschweinplage. Ein neuer Traubenfeind ist uns in Wildschwein erkannt. Diese Feindschmecker sind in die Weinberge eingedrungen und haben dort großen Schaden angerichtet. Während für diese Tat ist der Umstand, dass die Schwarzwild jagungen waren, in die Weinberge einzufallen, da auch hier Kartoffelmangel zu verzeichnen ist. Diese Felder liegen verhältnismäßig und verbleiben am Walde. Ein Landwirt hatte etwa 10—12 Jentner Kartoffeln ausgelegt. Jetzt wo er ernten will, braucht er nicht hinauszuweichen. Die Wildschweine haben bereits geerntet, wo er gefast hat. Dabei ist man noch das Schwarzwild. Dieser Tage lies eine starke Wache mit etwa zehn Frischlingen einem Jäger vor den Lauf; er aber schickte nicht, da es nicht „waidmännisch“ sei, eine Sau mit Jungen zu töten. — Auch ein „Waidmann“ hat die Pflicht, zur Einschränkung des Wildschweinschadens zu sorgen. Was wird: der in Frage kommende Jäger tun, wenn eine Wache sich in einem Gange fangen würde und die Frischlinge draußen blieben. Würde er dann die Wache wieder zu diesen hinführen?

z. Dillenburg, 25. Sept. Städtisches. In der gestrigen Stadivernordnungsitzung wurde mitgeteilt, dass Vorsteher Schilling, welcher der Stadtverordnetenversammlung seit fünfundsiebenzig Jahren angehört, wegen vorgerückten Alters sein Stadivernordnungsamt niedergelegt habe. Stadivernordner Dr. Bönges berichtete über die Tagung des Nassauischen Städtetages zu Frankfurt. Für die neunten Kriegsanleihe wurden weitere 100 000 M. insgesamt bisher 540 000 M. an städtischen Mitteln, abgesetzt und für die Kolonialkriegsentschädigung 500 M. bewilligt. Für Einquartierungskosten wurden die im Haushaltsplan vorgesehene 150 M. auf 4000 M. erhöht. In die städtische Verkehrscommission wurde Geschäftsführer R. Abel gewählt, in eine neugebildete Grunderverbesserungskommission Oberlandmesser Hellwig. Kreisbaukommission wurden die Vorarbeiten für eine zu bildende städtische Sparkasse übertragen. Die Stadtvertretung erwirbt das Wohngebäude des Lehrers am Gymnasium H. Köfer an der Drankenkraße für 52 500 M.

z. Bad Salzkübel, 26. Sept. Bei dem Versuch, ihre Kuh zu retten, selbst ertrunken. Dieser Tage erkrankte die 22jährige Ehefrau des Müllers Wilhelm Altkich in der Schlitt. Sie wollte einer ihrer Kühe, die ins Wasser gefallen war, heraushelfen und fiel dadurch selbst hinein. Nachdem das an der Unglücksstelle sehr tiefe Wasser durch das Tessen der Beibrückung abgelaufen war, fand man die Leiche.

Gericht und Rechtspredung.

Fo. Ein interessanter Weinversteigerungsprozess. Wegen einschuldigen Irrtum kostenlos freigesprochen. Wiesbadener Strafkammer vom 25. September. Am 22. Mai v. J. fand in Dettlich eine Weinversteigerung von J. G. aus Kilmannshausen von 1915er und 1916er Weinen statt. Die Weine erzielten alle die damaligen hohen

Preise, die oft eine fabelhafte Höhe erreichten. Der der Versteigerung beizuhörende Weinversteigerer erklärte gegen J. G. in Kilmannshausen und den Inhaber der Firma H. u. D. in Dettlich, von der ebenfalls Weine versteigert worden waren, Strafsache wegen Betrugs. Die Firma H. u. D. die das erste eine derartige Versteigerung abhalten ließ, verkaufte ihre Weine, deren Gesamtpreis mit Unkosten 28 447 M. betrug, für 33 120 M., erzielte somit einen Gewinn von 50 000 Mark gleich 200 Prozent. Die der D.ichen Versteigerung angehängte Versteigerung der Dettlicher Firma, deren Gesamtpreis nicht Unkosten 20 858 M. betrug, erzielte eine Einnahme von 75 580 M. Auch hier blieb ein Gewinn von über 50 000 Mark für die Firma. Heute hatten sich Herr J. G. und Herr H. wegen Betrugs vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Ein umfangreicher Zeugenapparat von Weinhandelsfirmen und Kontrollanten sowie Weinhandlern aus Rheinhessen, Baden, der Moselregion usw. war geladen. Sie bekundeten, dass die Preise nicht zu hoch gewesen, der damaligen Marktlage entsprechend, die durch den Krieg hohe Preise zeitigte, und dass ein Gewinn von 200 Prozent selbst in Friedenszeiten vorgekommen ist. Es ist dies der erste Fall der Weinversteigerung, der öffentlich verhandelt wird. Der eine vernommene Sachverständige hält den Gewinn für zu hoch, während der beim Nahrungsmitteluntersuchungsamt in Koblenz angestellte Kontrolleur ausführt, dass makabere für die Höhe des Preises die Summe sei, die der Versteigerer brauche, um sich denselben Wein wieder einkaufen zu können. Dies sei üblich, doch müsse die Marktlage maßgebend für die Preise im allgemeinen sein. Das Reichsgericht ist in seinen verschiedenen Urteilen der Ansicht, dass jeder Gewinn für übermäßig anzusehen sei, der den Friedensgewinn übersteigt, zumal der Wein als ein Gegenstand des täglichen Bedarfs anzusehen ist, bei der zunehmenden Knappheit anderer Sachen. Von einer Marktlage könne heute nicht mehr gesprochen werden, da durch den Krieg im Weinhandel eine Notlage geschaffen wurde. Der Staatsanwalt beantragte wegen vorsätzlicher Aneignung der Notlage eine Geldstrafe von 10 000 Mark für jeden der Angeklagten, ferner die Einziehung des übermäßigen Gewinns. Die Strafkammer kam zu einem kostenlosen Freispruch der beiden Angeklagten. Wenn auch objektiv der Tatbestand des Weinwuchers festzustellen sei, so führte der Vorsitzende in seiner Urteilsbegründung aus, so seien solche Preise nur durch den Krieg möglich. Da ab Oktober vorigen Jahres bestimmte Versteigerungen verboten sind, so wird in diesem Falle zugunsten der Angeklagten angenommen, dass sie sich in einem entschuldigen Irrtum befanden.

Sport.

Rennen in Grunewald.

z. Berlin, 26. Sept. (Sig. Tel.)

1. Preis von Karlsruhe. 8000 M. 1400 Meter. 1. v. Dönnigens (Edler) Traum (Schmidt), 2. Helmut (Koch), 3. Rumpferlaube II (Tiele). Ferner liefen: Wismar, Degenfeld, Besserung, Hachner, Arone, Drachenpalme, Schönlund, Geyla, Wehrhacht, Marichall, Victoria, Seeburg, Sternblume, Ordensband, Oskar, Delila, Hildur, Padua. Tot. 17:10, Pl. 54, 27, 41:10.
2. Waldfried-Rennen. 16 000 Mark. 1200 Meter. 1. Stall Wolfenbüttel (Glockenturm (Rahenberger), 2. Bannwart (Kasper), 3. Dini (Blum). Ferner liefen: Geyla, Kerosinier II, Geyla, Dardano, Sella, Lebeschmidt. Tot. 17:10, Pl. 13, 14, 24:10.
3. Linse-Rennen. 30 000 Mark. 3000 Meter. 1. Geyla (Grady) Prolog (Rahenberger), 2. Anemone (Tiele), 3. Geyla (Schmidt). Ferner liefen: Indus, Chamisso, Enadlin, Sentinel. Tot. 24:10, Pl. 12, 14, 18:10.
4. Daberg-Rennen. 12 000 Mark. 1200 Meter. 1. Venus (Hastig) (Kasper), 2. Daberg (Rahenberger), 3. Pappi (Falk). Ferner liefen: Togo, Eubendorf II, Gröhlund, Corinna, Hyperbel, Heberle, Potosblume. Tot. 15:10, Pl. 18, 18, 14:10.
5. Glöde-Rennen. 16 000 Mark. 3000 Meter. 1. v. Weinberg (Kasper), 2. Robalt (D. Bauer), 3. Feuerhut (Kasper). Ferner liefen: Gröhlund, Tiele, Sandbach, Rheinpreußen, Seeburg. Tot. 27:10, Pl. 12, 16, 13:10.
6. Vergessens-Rennen. 12 000 M. 1000 Mtr. 1. Raumanns Heidele (Dietrich), 2. Heidele (Grady), 3. Falkenhahn (Schmidt). Ferner liefen: Prosperina, Indling, Corola, Pera, Hahn II, S. M. S., Fritz, Balalaika, Galt, Glöde II. Tot. 16:10, Pl. 16, 15, 19:10.
7. Quiri-Rennen. 16 000 Mark. 1600 Meter. 1. Prinz R. Hohenlohe-Dechingen (Reinfall II (H. Richter), 2. Landwehr (Wenzel), 3. Adamina (Hefeband). Ferner liefen: Ganghofer, Hader, Lux, Olala, Sattelfeld, Rumpfel, Eubling, Maas, Alade, Geyla, Theresie, Katze, Oba, R-vlln, Rasmargule. Tot. 16:10, Pl. 36, 24, 45:10.

Voransagen für Magdeburg am 28. September:

1. H. Siebold — Hofe vom Sieboldgärtchen — Martin.
2. H. Leopold — Wolpoto — Otho.
3. H. Sangerin — Sangerin II — Leonardo II.
4. H. Seiper — Erich — Kras.

5. H. Dillenhein — Rosenbaal — Cosmo
6. H. Cormoran — Dur — Apollinaris.
7. H. Dirigant — Sperreuer — Egon.
Nächster Galopprenntag 30. September in Grunewald und München-Miem.

Fußballwettpiel. Die neu aufkommene zweite Mannschaft des Sport-Vereins Wiesbaden siegte am 15. September gegen die gleiche Mannschaft der Spielvereinigung Wiesbaden 4:0 (1:0). Im Rückspiel mußte sich Sport-Verein vor der körperlich etwas überlegenen Mannschaft der Spielvereinigung 4:3 beugen, obwohl sie meistens im Vorteil war. Halbzeit 2:1 für Sport-Verein.

Vermischtes.

Gefährliches Verbrechen von 50 000 Mark. Aus Leipzig, 24. Sept. (Schreib) unter E. D. Mitarbeiter: Am oberhessischen Industrieviertel häufen sich die Räuberereien und Überfälle. Die Nähe der Grenze ermdacht es den Tätern, in kurzer Zeit sich den Nachforschungen der deutschen Behörden zu entziehen, und wenn schon in Deutschland die Polizei infolge des Beamtenmangels schwere Arbeit bei der Feststellung von Verbrechern hat, so liegt das jenseits der Grenze, in Polen und Oesterreich noch viel schlimmer. Dieser Tage ist in Schwientzlowitz ein Wertpalet mit einem Inhalt von 50 000 Mark spurlos verschwunden bezw. geraubt worden. Der hiesige Polizeibeamte Pawuse, ein Kriegerinvalid mit einem kranken Arm, hatte den Auftrag erhalten, das Geld zur Post zu bringen. Zur Sicherheit gab man ihm noch einen zweiten Polizeibeamten zur Begleitung mit. An der Post angekommen, bemerkte Pawuse plötzlich, daß ihm die Aktentasche, in der sich das Geld befand, fehlte. Beide wollten bemerkt haben, daß ein Mann, der hinter ihnen ging, dem Pawuse die Tasche entriß. Sie verfolgten auch sofort den vermeintlichen Täter, bekamen ihn aber nicht mehr zu Gesicht. Auf die Meldung von dem Raub wurden sofort die zuständigen Kriminalstellen in Oesterreich, Breslau und Berlin benachrichtigt, doch ist es bisher nicht gelungen, den Räuber zu erwischen.

Der Unnerschied.

Un kann der Michel vor Paris —
Epist' aan Franzus sei' Raul so sieh?
Piff aaner so e' Friedenstief?
Dot aaner 's Plenne an' sich kriest? ..
Se luyde in die Damm' enel!
Mer nemme alles bis zum Rhet!
Reht, Dummerweiser, stellt euch vor:
Merlann vorm Brandenburger Tor,
Un unser Michel rief noch: „Druff,
Reht hirn mer mol ercht recht nit uff;
Mit aaner werd mer mied un mies —
Mer nemme alles bis Paris!“
Rudolf Dieh.

Volkswirtschaft.

Berliner Börsenbericht vom 26. September. Die Börse begann in schwächerer Haltung. Späterhin trat eine leichte Erholung ein. Tägliches Geld 4 1/2 Prozent. Ultimogeld etwa 5 Prozent.

Frankfurter Börsenbericht vom 26. September. Da die innerpolitische Lage einer besseren Beurteilung begehrt, nahm die Börse eine etwas freundlichere Haltung an, die zu einer leichten Erholung und Besserung der gesamten Tendenz Veranlassung bot. Das Geschäft hielt sich indes in engen Grenzen und nahm lediglich für einzelne Werte des freien Verkehrs einen regeren Verlauf. Deutsche Anleihen verkehrten unverändert in fester Haltung. Oesterreichisch-ungarische Fonds schwächten sich weiter ab.

Berlin, 26. Sept. Devisenmarkt.	Telegraphische Auszahlungen für		26. Sept. 1918.	
	25. Sept. 1918.	Geld	Brief	Brief
Holland	302.00	309.50	309.00	309.50
Dänemark	188.00	188.50	188.00	188.50
Schweden	212.25	212.75	212.25	212.75
Norwegen	146.75	147.00	146.75	147.00
Schweiz	57.70	57.80	57.70	57.80
Oesterreich-Ungarn	79.00	79.50	79.00	79.50
Bulgarien	20.40	20.50	20.40	20.50
Konstantinopel	134.00	135.00	134.00	135.00
Madrid und Barcelona	76.25	76.75	76.25	76.75

Schriftleitung: Bernhard Grotz. Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik: H. Grotz; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung- und volkswirtschaftlichen Teil: H. Grotz; für Stadt- und Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: G. Diegel; für die Anzeigen: L. H. J. Dabier; ähnlich in Wiesbaden.

Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlags-Anstalt G. m. b. H.

Knaben-Pensionat Goetheschule Offenbach a. M.
Realklassen, verbunden mit Vorstufe, erfüllt Einjährig-Zeugnis.

Luftleer oder gasgefüllt

Auf jeden Fall

Wotan-Lampen

Jeder Elektro-Installateur führt sie

